Freie Demokraten FDP

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

der vorliegende Haushalt 2026 war für uns als neue Ratsmitglieder und Quereinsteiger nicht nur ein dickes Brett, sondern auch Anlass, unsere Wahrnehmung der Gemeinde in den letzten Monaten unvoreingenommen zu bilanzieren. Hier haben natürlich auch die Gespräche im Wahlkampf des letzten Jahres eine wesentliche Rolle gespielt.
Die Gemeinde hat gute bis sehr gute Zufriedenheitswerte in der Bevölkerung und bietet hohe Lebensqualität: das Standing ist attraktiv.
Das fällt nicht vom Himmel:

- Über Jahre beständige Investitionen in Bildung, Wohnraum, Breitensport und Infrastruktur: das zahlt sich aus. Die Entscheidung für die Marienschule war sicher trotz aller Sorgen um die Folgekosten das jüngste Highlight. Denn: kluge Kinder bilden einen Damm gegen die radikalen politischen Ränder. Hier leben wir gesellschaftspolitische Verantwortung pur.
- Leistungsstarke Wirtschaftsförderung: sorgt für Wohlstand für alle.
- Gelebte soziale Verantwortung: Ehrenwert-Büro, Lebenshilfe, Caritas, Sozial- und Flüchtlingsberatung usw.
- Erhaltung der Lebensgrundlagen: die Renaturierung der Stever (Stichwort „WasserWege“ – Stever) und die Planungen für einen großzügigen Solarpark durch die EnBW sprechen für sich. Zu erwähnen ist hier auch die neue Agri-PV-Anlage in Otti.

Die nüchternen Zahlen konfrontieren uns aber mit einer unbequemen Wahrheit:
konstant rote Zahlen von 2024 bis 2029. Mit anderen Worten: ein strukturelles Defizit -es schaltet die finanzielle Ampel von grün auf gelb. Die Ausgleichsrücklage schmilzt ab.

Der Haupttreiber dieser Entwicklung ist ein alter – ein uralter Bekannter: ein Schattenhaushalt, die sog. Kreisumlage. Der Begriff wirkt harmlos, wie das sog. Sondervermögen des Bundes: ist aber nichts anderes als die Summe von Verpflichtungen, die als zukünftige Schulden wiederum in Schattenhaushalte verschoben werden. Das ist in unserem Fall bekanntlich der Gemeindehaushalt. Ein Framing, dass nur einem Naturgesetz folgt: es geht den Weg des geringsten Widerstandes, an das Ende der fiskalischen Nahrungskette. Vulgo: den Letzten beißen die Hunde - gemeint ist die Haushaltssicherung.

Auf die Hintergründe hier ist unser Bürgermeister in seiner beeindruckenden Rede vom 11. Dezember 2025 ausführlich eingegangen. Deshalb verzichten wir an dieser Stelle auf weitere Reflektionen.

Um dem Druck der Kreisumlage planerisch zu entkommen, wurden in das mächtige Zahlenwerk der Haushaltsplanung politische und kosmetische Ergebniskorrekturen eingepreist: die wichtigsten Punkte in der Ursprungsversion waren hier bewusst fehlende Anteile an der Kreisumlage in Höhe von 4,11 Mio €, eine optimistische Entwicklung der Gewerbesteuer sowie kleinere Steuerhöhungen. Die Verluste des Cabrio wurden mit bescheidenen Ansätzen zur zukünftigen Instandhaltung optisch stabilisiert. Zahlen zum neuen Rathaus fehlen.

Ein Ansatz von verschiedenen Szenarien zur Entwicklung der Gewerbesteuer würde in die Vorlage sicher noch ein ordentliches Stück mehr Nüchternheit und Realismus bringen.

Der Druck aus dem Thema Kreisumlage hat nach den jüngsten Zahlen des Kreises zwar ein wenig nachgelassen, der Spannungsbogen bleibt aber erhalten: das strukturelle Defizit wird uns weiter begleiten.

Ergebnis:
Die Gemeinde verliert Stand heute bis 2029 rund 11 Mio € Ausgleichsrücklage: ein freier Fall von 20,7 Mio € in 2024 auf 9,7 Mio € in 2029. Ein schwacher Trost: die selbstgewählte Benchmark von 7,8 Mio. wird nicht gerissen, noch nicht.
Was droht dann bei einem Einbruch der Konjunktur?
Zur Erinnerung: 2025 musste statistisch alle 20 Minuten ein Unternehmen Insolvenz anmelden. Diese Entwicklung setzt sich 2026 fort. Auch Senden bleibt nicht verschont: der Hidden Champion Degafol hat seine Produktion hier eingestellt und verlagert diese aus Kostengründen nach Asien. 50 Menschen verlieren ihren Job. Die Summe solcher Unternehmen bilden bekanntlich die Nabelschnur für unseren Sozialstaat.

In einer solchen Situation sind die Erlöse aus den Grundstücksverkäufen natürlich hoch willkommen: aber auch hier wachsen die Bäume nicht in den Himmel - zusätzliche große Wohngebiete sind nach Hörsken aufgrund des Zensus wohl nicht in Sicht.

Wir zitieren Kay Scheller, den Präsidenten des Bundesrechnungshofes aus einem Interview im Februar diesen Jahres: „chaotische Förderung, fehlende Prioritäten, Zweckentfremdung der Sonderschulden, vielfach ineffiziente Strukturen, unzureichende Digitalisierung, komplexe Abläufe mit vielen Akteuren, die sich häufig selbst im Weg stehen. Das kostet Zeit, Geld und Wirksamkeit. Die Prozesse müssen dringend über die gesamte Behördenlandschaft verbessert werden.“
Das provoziert eine Frage: was können wir aus eigener Kraft tun? Nur die Füße stillhalten? Nein!
Denken wir uns frei - alles muss sich ändern, damit Senden bleibt wie es ist, lebenswert:

- Was wäre, wenn wir die Potentiale einer umfassenden Prozessoptimierung in der Verwaltung kennen würden? Der

Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung, Dr. Karsten Wildberger hat Anfang März ein Großprojekt mit insgesamt 18 Pilotprojekten gestartet, das den Einsatz von KI in den Kommunen beschleunigen soll. Mit anderen Worten: es geht um die Übersetzung von bürokratischen Abläufen in technische Prototypen. Beworben haben sich rund 200 Kommunen und 400 Startups. Am Start sind seit Anfang März ausgewählte 17 Kommunen und 10 Startups.

- Was wäre, wenn wir unter dem Dach der gemeinsamen KI-Strategie des Kreises Primus inter Pares wären? Ein sog. „Early Adopter“ von guten neuen Ideen?
- Was wäre, wenn eine standardisierte IT-Infrastruktur optimierte Prozesse unterstützt?
- Was wäre, wenn wir in Konsequenz daraus für das Rathaus eine intelligente Campuslösung denken?
- Was wäre, wenn wir große Verlustlöcher wie das Cabrio zumindest in Teilen zügig schließen könnten?
- Was wäre, wenn die Potentiale von „Predictive Maintenance“ für die gesamte kommunale Infrastruktur bekannt wären?
- Was wäre, wenn die neue Beinfreiheit nach § 75a GO systematisch genutzt werden kann? Der 75a ist der neue Rechtsrahmen für kommunale Beschaffungen in NRW ab Januar 2026. Zur Erinnerung: allein die Summe aus Sach- und Dienstleistungen sowie der sonstigen ordentlichen Aufwendungen beträgt 2026 rund 18 Mio €.
- Was wäre, wenn wir die Kosten aller freiwillig erbrachten Leistungen kennen würden?
- Was wäre, wenn die interkommunale Zusammenarbeit weiter konsequent vorangetrieben wird?
- Was wäre, wenn wir die Abwanderung der Kaufkraft nach Münster, Lüdinghausen sowie ins Web umdrehen könnten?
- Und das Beste kommt zum Schluss:

was wäre, wenn die Summe dieser Maßnahmen neue Freiräume schafft für Bildung, Soziales, Umwelt und das Kulturgut Schloss?

Alles muss sich ändern, damit Senden bleibt wie es ist, lebenswert.

Packen wir es an –

wir – die Freien Demokraten- sind dabei!

Vielen Dank